

men Region Guangxi. Die von Parteisekretär Cao Bochun angeführte Delegation aus Guangxi warb für die China-ASEAN Expo, die im November in Nanning stattfindet. Die Delegation unterzeichnete mit Unternehmern aus Macau Verträge über Investitionen in Guangxi von über 38 Mio. US\$. Die Sichuan-Macau Kooperationswoche wurde in Anwesenheit von Gouverneur Zhang Zhongwei eröffnet. Auf ihrer Investitionsmesse präsentierte die Provinzregierung 390 Projekte, für die insgesamt 5,8 Mrd. US\$ an Investitionen benötigt werden.

Regierungschef Edmund Ho traf am 8. Juli mit einer Gruppe Journalisten aus Macau und Hongkong zusammen, die gerade die neun Provinzen der PPRD-Region besucht hatten. Er sei optimistisch hinsichtlich der Kooperation, obwohl daraus kurzfristig keine großartigen Ergebnisse zu erzielen seien. Jede Region habe ihre Vor- und Nachteile, und nach einer Periode der Feinabstimmung sei eine Art der Zusammenarbeit, die allen Partnern nütze, zu erwarten. Die Kooperation im Bereich der Ökologie und des Umweltschutzes könnte in Kürze beginnen. Eine Ad-hoc-Sondereinheit in der Regierung der SVR zur Koordinierung der Zusammenarbeit mit den anderen PPRD-Mitgliedern sei im gegenwärtigen Stadium nicht erforderlich. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 25., 30.5., 1.-3.6., 8.7.04; RMRB, 4.6.04; RMRB web site, 2.6.04, nach BBC PF, 5.6.04; XNA, 26.-28., 30., 31.5., 1.-3., 9., 12., 15.6., 5.7.04; SCMP, 1.-3., 11., 14.6.04; *The Standard* web site, 31.5.04, nach BBC PF, 1.6.04; JB, 2004/6, S.19) -ljk-

Taiwan

30 Glänzende Exportzahlen beflügeln Wirtschaft

Der kräftige Wirtschaftsaufschwung, von dem im März schon Präsident Chen Shui-bian bei seiner Wiederwahl profitierte, verstärkte sich im Mai noch und lässt auch für die zweite Jahreshälfte gute Zahlen erwarten. Darauf deutet ein Anstieg der Aus-

fuhrbestellungen um 25,6% in den Monaten Januar bis Mai 2004 gegenüber dem Vorjahr hin. Die Industrieproduktion legte im gleichen Zeitraum um 14,4% zu, wie der Rat für Wirtschaftsplanung, ein ministerielles Organ, im Juni bekannt gab. Für das gesamte Jahr wird derzeit ein Exportzuwachs um 13,2% und ein Importwachstum von 15,3% prognostiziert.

Die erfreulichen Zahlen haben eine günstige Nebenwirkung auf dem Finanzsektor: Die zeitweise als beängstigend hoch eingestufte Zahl der Notleidenden Kredite sinkt. Die Quote lag im ersten Quartal nur noch bei 4,4%.

Gestützt wird die Konjunktur auch durch einen wieder anziehenden privaten Konsum. Nach langer Stagnation wird für 2004 ein Zuwachs von 3% erwartet. Dabei sollen die Einzelhandelspreise mit einer Teuerungsrate von unter einem Prozent praktisch stabil bleiben. Unterdessen ist auch die Erwerbslosenquote wieder auf deutlich unter 5% gefallen. Obwohl sie im Mai durch zahlreiche Berufsanfänger leicht auf 4,41% stieg, war saisonbereinigt eine weitere leichte Abnahme zu verzeichnen; die Jahresprognose wurde auf 4,5% gesenkt (Vorjahr: 5,0%).

Für das Jahr 2004 erwarten die Wirtschaftsfachleute vom staatlichen Statistik- und Rechnungsamt mittlerweile ein Wirtschaftswachstum von 5,41%. Für das dritte und vierte Quartal wird jedoch mit einem Abflachen der Konjunktur gerechnet. Laut *Wall Street Journal* überschritten die Ausfuhrbestellungen ihren Gipfel bereits im April. (CNAT, nach BBC PF, 27.6.04; WSJ, 23.6., 25.6.04) -hws-

31 Rüstungsprogramm: kostspielig und umstritten

Taiwans Kabinett beschloss Anfang Juni ein auf 15 Jahre angelegtes Rüstungsbeschaffungsprogramm mit einem Volumen von 620 Mrd. NT\$ (über 15 Mrd. Euro). Der größte Teil davon – 420 Mrd. NT\$ – ist für die Anschaffung von acht modernen Diesel-U-Booten vorgesehen, 145 Mrd. für den Kauf von sechs Patriot-Raketenabwehrsystemen und 53 Mrd. für zwölf Flugzeuge zur U-Boot-Bekämpfung. Alle Waffensysteme sollen in den USA eingekauft werden, wobei die U-Boote jedoch erst entwickelt werden

müssen, während die anderen Systeme bereits vorhanden sind.

Das Programm muss vom Parlament erst noch gebilligt werden, weckte wegen seines enormen Umfangs und der Auswirkungen auf die Staatsverschuldung jedoch sogleich Kontroversen. Tatsächlich soll der größte Teil des Finanzbedarfs – 420 Mrd. NT\$ – durch Ausgabe von Schuldtiteln gedeckt werden, 100 Mrd. sollen durch Verkauf „öffentlichen Eigentums“ (vermutlich in erster Linie Grundstücke) im Besitz des Verteidigungsministeriums hereinkommen, der Rest durch Verkauf von Anteilen an bisherigen Staatsbetrieben. Bis zum Jahr 2008 würde die Staatsverschuldung damit auf 39,9% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen, nur 0,1% unter dem gesetzlichen Limit, das sich nach dem BIP-Durchschnitt der jeweils letzten drei Jahre bemisst. Bis zum Jahr 2017 soll der Wert dann wieder auf 34,9% sinken. Wegen der außerordentlichen Bedeutung der Rüstungsbeschaffung und der damit verbundenen Haushaltslasten erläuterte das Verteidigungsministerium die Pläne in einem Positionspapier. Ein Kabinettsprecher verwies unter anderem auf die Tatsache, dass Chinas Militäretat seit 1995 jedes Jahr zweistellige Steigerungsraten aufweise, während Taiwan entsprechende Ausgaben zurückgeschraubt habe, sodass der Anteil der Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt von 24,3% im Jahr 1994 auf 16,5% gesunken sei.

Parlamentarier aller Parteien waren gleichwohl nicht überzeugt, im Gegenteil: Selbst Vertreter der Regierungspartei zeigten sich empört. Zur Debatte stehen vor allem zwei Fragen:

- Sind die Waffensysteme tatsächlich nötig und zweckdienlich, um der wachsenden Bedrohung durch Festlandchina entgegenzutreten?
- Sind die kalkulierten Preise so günstig wie möglich, oder lassen sie sich noch drücken?

Diese Fragen betreffen in erster Linie die U-Boote: Wegen ihrer exorbitanten Kosten – sie müssen neu entwickelt werden – und wegen der dadurch unvermeidlich bedingten langen Lieferfristen ist ihre Anschaffung, die sich bis 2019 erstrecken soll, besonders umstritten.

Um Fragen und Bedenken in den Parlamentsfraktionen aller Parteien an Ort und Stelle abzuklären, reiste eine dreizehnköpfige Volksvertreterdelegation unter Führung von Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping) in der zweiten Junihälfte in die Vereinigten Staaten, unter anderem nach Washington, wo sie mit Kongressmitgliedern und Vertretern des Pentagon, darunter Vizeverteidigungsminister Paul Wolfowitz, sprachen.

In Taipei gingen unterdessen einige hundert Friedensaktivisten auf die Straße und warnten vor einem verschärften Wettrüsten. Die Rüstungsmittel seien in Bildung und Umweltschutz besser angelegt.

Experten sehen allerdings seit langem mit Sorge, dass Taiwan gegenüber der VR China militärisch immer mehr ins Hintertreffen gerät und sich so erpressbar macht. (Vgl. C.a., 2002/7 Ü 42) Ein neuer Bericht des Pentagon an den US-Kongress bestätigt die Analyse, wonach Taiwans Luftüberlegenheit und andere Stärken immer mehr dahinschwinden. Bereits für das Jahr 2005 oder 2006 besteht nach Aussagen von Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) sowie des Verteidigungsministeriums die Gefahr, dass China einen Militärschlag gegen Taiwan mit einiger Erfolgsaussicht führen könne. Zudem beschafft sich China gerade moderne russische U-Boote, denen Taiwan mit derzeit nur zwei einsetzbaren älteren Modellen nichts Entsprechendes entgegensetzen hat. Tatsächlich müsste China, um Taiwan seinen Willen aufzuzwingen, nicht einmal einen kostspieligen, riskanten und verlustreichen Invasionsversuch unternehmen. Es würde genügen, die den Haupthandelshäfen unmittelbar vorgelagerten Seegebiete zu Sperrgebieten zu erklären, innerhalb deren jedes angetroffene Schiff entweder durch U-Boote versenkt oder mit Mittelstreckenraketen beschossen würde. Eine solche Blockade der zivilen Schifffahrtslinien könnte für einige Zeit erfolgreich sein, ohne dass überhaupt ein Schuss fällt.

Glaubwürdig entgegneten könnte Taiwan dem nur mit einer eigenen modernen U-Boot- und Raketenabwehr. In Taiwan setzten viele zwar darauf, dass die USA zu Hilfe kämen,

aber die Interessenlage der heimlichen Schutzmacht ist mit derjenigen Taiwans nicht identisch; zudem hinge eine Reaktion der USA auch von der Einstellung und Einschätzung des jeweiligen Präsidenten ab. George Bush gilt im Prinzip als taiwanfreundlich. Ihm verdankt Taiwan die im Jahr 2001 gemachten Zusagen, was den Verkauf neuer Rüstungsgüter angeht (vgl. C.a. 2001/4, Ü 41). Nachdem die Regierung die Entscheidung über Kauf oder Nichtkauf der Waffensysteme lange vor sich hergeschoben hat, macht Taiwans Regierung nun Druck: Der nächste US-Präsident, so fürchtet man, könne die Lieferzusagen wieder kassieren. Die jetzigen Rüstungsbeschaffungspläne belegen auch, dass die Regierung eine andere Lektion gelernt hat: Taiwan muss selbst Opfer bringen, um in den USA die Bereitschaft aufrechtzuerhalten, zur Not zu Hilfe zu kommen. Das Urteil von Skeptikern, die in den Waffenkäufen eine gigantische Schutzgeldzahlung an die USA sehen, ist schwer nachzuvollziehen.

Gegen Ende des Monats zeichnete sich ab, dass Taiwan womöglich auf den U-Boot-Kauf verzichtet. Ein Grund dafür ist, dass sich der Wunsch wohl nicht realisieren lässt, wonach die USA Taiwans Staatsfirma China Shipbuilding Corporation technologisch dazu befähigen, einen Teil der U-Boote selbst zu bauen, zudem ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei diesem Punkt auf der Bestellliste besonders ungünstig. (SCMP, 3.6.04; TT, 3.6., 4.6., 5.6., 11.6.04; CNAT, nach BBC PF, 3.6., 8.6., 9.6., 17.6., 19.6.04; ST, 24.6., 28.6.04) -hws-

32 Geburtenrate sinkt auf Rekordtief

Taiwans Geburtenrate sank letztes Jahr auf 1,2. Die Zahl, die den Geburtendurchschnitt pro Frau angibt, hatte 1971 noch bei 3,7 gelegen. Damit ist die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, in Taiwan unterdessen noch niedriger als in Deutschland, wo der Wert bei 1,4 liegt. Ministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) forderte junge Paare auf, sich für mehr Kinder zu entscheiden. Setze sich der derzeitige Trend fort, so Yu, sänke die Bevölkerungszahl von derzeit 23 Mio. in-

nerhalb der nächsten 50 Jahre auf 19 Mio.

Auch mehr Kinder würden an dem Rückgang allerdings nicht unbedingt etwas ändern, denn die modernen Methoden, frühzeitig das Geschlecht des werdenden Nachwuchses zu bestimmen, führten dazu, dass weibliche Föten häufiger abgetrieben würden als männliche, sodass auf 100 weibliche Babys letztes Jahr bereits 110 männliche kamen. Für die Bevölkerungsentwicklung ist langfristig aber die Zahl der Frauen wichtiger als die der Männer.

Derzeit freilich verzeichnet Taiwan noch steigende Bevölkerungszahlen – vor allem durch den „Import“ von Bräuten. Mittlerweile kommt jede vierte in Taiwan angeheiratete Frau vom chinesischen Festland oder aus Südostasien. (CNAT, nach BBC EF, 12.6.04; ST, 28.6.04) -hws-

Übersichten Online

Eine Auswahl der Übersichten dieser Zeitschrift können Sie auch **kostenlos** online lesen.

Auf der **Homepage des Instituts für Asienkunde** (www.duei.de/ifa) finden Sie unter dem Menüpunkt „Zeitschriften“ die Inhaltsverzeichnisse aller Ausgaben dieser Zeitschrift seit 1999 sowie jeweils ausgewählte Übersichten im Volltext seit Ende 2000.

Auf der **Homepage des Hamburger „Haus der Aussenwirtschaft“** (www.aussenwirtschaftszentrum.de) finden Sie unter dem Menüpunkt „Aktuelles und Analysen“ auch wirtschaftsbezogene Übersichten aus dieser Zeitschrift. Hier können Sie darüber hinaus eine gezielte Suche in der Archiv-Datenbank des „Hauses“ vornehmen.